

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Morgens zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei
auf der Höhe des Jahres, fiktiv der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Der Hauswart“, „Praktische Wissen für Alle“, „Die Frau und ihre Welt“,
„Unterhaltungsbillets“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgehaltene 3mm hohe [Zeile] Zeile höher oben
Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Wiederholung ent-
sprechender Rabatt. Reklamen sollen pro Zeile 40 Pf. Annahmegerühr
für Platz, Datumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Annahmegerühr
für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 75

Donnerstag, den 22. Juni 1933

26. Jahrgang.

Die Kampfringe der DNZ. verboten

Wegen Durchbrechung mit kommunistisch-marxistischen Elementen — Eingliederung des Stahlhelm in die NSDAP

Deutsche Absage an Genf

Internationale Konferenzen können sich zur Zeit in der Welt angesichts ihrer bisherigen Ergebnislosigkeit keines besonderen Anspruchs erfreuen. Der Glaube an eine Besserung oder Beseitigung bestehender wirtschaftlicher oder sozialer Mängel durch auf gegenseitiges Vertrauen gestützte Ausreden und Vereinbarungen hat durch die jüngsten Vorgänge aus der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf einen argen Stoß erlitten. Wie bereits gemeldet, hat die deutsche Delegation geschlossen die Genfer Konferenz verlassen, weil sie angesichts der schweren Verleumdungen, die der deutschen Abordnung in ihrer Gesamtheit während einer Gruppenführung zugefügt wurden und gegen die sie beim Vorsitzenden der Gruppe keinen Schutz fand, eine sachliche Arbeit für ausgeschlossen hält.

Die deutsche Delegation hat mit ihrem entscheidenden Schritt die einzig mögliche Schlussfolgerung gezogen. Daß es soweit kommen würde, haben die Urheber dieser unerquicklichen Vorgänge wohl selbst nicht gedacht. Die Brüstung der deutschen Arbeitnehmervertretung war von vornherein beabsichtigt. Daran ließ das Verhalten des Vertreters der Amsterdamer Internationale, des französischen Sozialdemokraten Jouhaux keinen Zweifel. Ueberall, wo diese „Arbeitervertreter“ war aber die Solidarität der deutschen Delegation, die es den marxistischen Vertretern unmöglich machte, die eine Gruppe gegen die andere auszuspielen.

Bereits die ersten Arbeiten dieser Konferenz begannen mit Angriffen gegen die Vertretung der deutschen Arbeitnehmer. Der Vertreter der Amsterdamer Internationale, Jouhaux, versuchte die Mitarbeit der deutschen Arbeitervertreter auszuschalten, indem er ihre Wahl in die einzelnen Kommissionen zu verhindern versuchte.

Nach auf jeder Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz hat es eine Anerkennungsdiskussion gegeben. Stets waren es die in der Amsterdamer Internationale zusammengefaßten marxistischen Gewerkschaften, die gegen die Vertretungsberechtigung anderer Arbeitervertreter protestierten. Durch die Bestimmungen des Verfalls der Verträge über die Organisation des Internationalen Arbeitsamtes war es den marxistischen Gewerkschaften möglich geworden, auf der Konferenz selbst eine unbedingte Vormachtstellung und im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes sogar eine Monopolstellung zu erlangen. Die Vertreter der Minderheitsorganisationen haben dagegen stets mit vollem Recht protestiert. Trotz des Einspruchs der Amsterdamer Internationale hat die Arbeitskonferenz bisher noch in jedem Falle die bestrittenen Vollmachten anerkannt.

Die erste Anerkennungsdebatte entstand schon im Jahre 1921 aus Anlaß des Mandates des niederländischen Arbeitervertreeters Serrarens, der von seiner Regierung als Vertreter der christlichen Verbände zu der Konferenz entsandt worden war. Und in den letzten Jahren stand jedesmal die Anerkennung der Mandate der faschistischen Arbeitervertreter als vollberechtigte Vertreter der italienischen Arbeitnehmer zur Debatte. Der Einspruch der marxistischen Arbeitergruppe erfolgte damals unter der Begründung, „die faschistischen Gewerkschaften seien als Einrichtung des Staates nicht frei und können als Arbeitnehmerorganisation in dem Sinne, den das Wort in allen anderen Industriestaaten hat, nicht anerkannt werden.“ Als damals die faschistischen Arbeitervertreter auf der Genfer Konferenz erschienen, wurden sie mit Beschimpfungen und Schmähsungen genau so empfangen, wie jetzt die Vertreter der deutschen Arbeitsfront.

Zum erstenmal in der Geschichte der Internationalen Arbeitskonferenz hat die Delegation eines Landes geschlossen die Konferenz verlassen. Sie hat damit eine innere Verbundenheit gezeigt, die der Welt Achtung abnötigen muß.

Nicht immer war es so. Auf einzelnen früheren Konferenzen traten oftmals die Differenzen zwischen den deutschen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern deutlich hervor. Der erste Vorfall, als Vertreter einer Gruppe sich von der Konferenz zurückzogen, ereignete sich im Jahre 1929, als die Arbeitgebergruppe, die sich in diesem Falle aus den Niederlanden und Belgien zusammensetzte, aus der Konferenz ausstieg, weil sie eine Klärung der Streitpunkte für ausgeschlossen hielt. Die Niederlande jedoch später in die Konferenz wieder zurückgekehrt. Noch in zwei anderen Fällen brachen die Arbeitgebervertreter ihre Mitarbeit auf der Konferenz ab. Im Januar 1930 wurde auf der vorbereitenden technischen Konferenz über die Arbeitsbedingungen im Steinlofenbergbau und die Verkürzung der Arbeitszeit unter Beibehaltung der alten Löhne beraten. Die Arbeitgeber stimmten damals gegen jede Entschädigung, da sie eine Regelung der Arbeitszeit und Löhne im Steinlofenbergbau für noch nicht angebracht hielten. Auch in diesem Falle, wo die

deutschen Arbeitgeber eine führende Rolle spielten, verließen die Arbeitgeber die Konferenz. Und schließlich ist noch ein Vorgang jüngerer Datums in Erinnerung, der sich erst im Januar 1933 auf der vorbereiteten Konferenz über die Verkürzung der Arbeitszeit abspielte. Die Arbeitgebergruppe war grundsätzlich gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche und hatte bereits eine Entschädigung gefordert, womit sie die Vorschläge für eine Arbeitszeitverkürzung für undurchführbar hielt. Dadurch, daß sich auch in diesem Fall die Arbeitgebergruppe an der Abstimmung nicht mehr beteiligte und aus den Kommissionen ausstieg, wurde die Fassung von bindenden Beschlüssen unmöglich gemacht.

Der Zusammenstoß zwischen den Vertretern der deutschen Arbeitsfront mit den marxistischen Gewerkschaftsvertretern in Genf, die Verleumdungen, die den deutschen Vertretern zugefügt wurden, zeigen, den wütenden Haß der zweiten Internationale. Diese Vorgänge zeigen aber auch, in welcher Weise planmäßig die Genfer Atmosphäre vergiftet wird. Solange es so bleibt, wird man aber von den Internationalen Arbeitskonferenzen keine wirklichen Ergebnisse erwarten können, die die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmerschaft verbessern sollen.

Verbot der Kampfringe der DNZ

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 in Verbindung mit § 14 des Polizei-Verwaltungs-Gesetzes hat der preussische Minister des Innern die Kampfringe der Deutschen Nationalen Front (früher Deutsche Nationalen Kampfstaffeln) einschließlich sämtlicher Formationen, sowie die im Bismarck-Bund zusammengefaßten Jugendgruppen im ganzen Gebiet des Freistaates Preußen aufgelöst und verboten.

Das Verbot ist erfolgt, weil die angestellten Ermittlungen einwandfrei ergeben haben, daß kommunistische und sonstige staatsfeindliche Elemente in großem Umfange Aufnahme in den Formationen des Kampfringes gefunden haben. Die Kampfringe bildeten bei dieser Sachlage eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung. Die getroffene Maßnahme war deshalb zur Abwehr der von diesen zerfallenen Organisationen für die öffentliche Sicherheit und dem inneren Frieden drohenden Gefahren notwendig.

Die Verbotsgründe

Die Maßnahmen wurden, wie es in einer Mitteilung von zuständiger Stelle heißt, als notwendig angesehen, nachdem festgestellt worden sei, daß stellenweise 60—70 v. H. der Mitglieder sich aus Kommunisten und Marxisten zusammensetzten. Auch bei der am vergangenen Sonnabend aufgehobenen sozialistischen Geheiminsung in Hamburg wurde Material vorgefunden, das auf konterrevolutionäre Elemente innerhalb der Kampfringe hindeutete.

In den letzten Tagen ist es sogar in Frankfurt an der Oder zu blutigen Zusammenstößen gekommen, ein Beweis dafür, daß, wenn nicht von staatlicher Seite eingegriffen worden wäre, Selbstherrschaften gegen die Kampfringe erfolgt wären. Die ganze Aktion richtete sich in keiner Weise gegen die deutschnationale Front, sondern lediglich gegen die Kampfringe aus Sicherheitsgründen.

Die Zerfetzungsstendenz der Marxisten

Zu der Maßnahme gegen die deutschnationalen Kampfringe wird zusätzliches noch folgendes mitgeteilt: Schon seit einiger Zeit wurden die deutschnationalen Kampfstaffeln, wie sie früher hießen, aufmerksam von der Polizei beobachtet. Dabei wurde in verschiedenen Orten immer wieder festgestellt, daß namentlich Sozialdemokraten offen erklärten, sie müßten in eine nationale Organisation gehen, um dort zurecht zu wirken und um Einfluß zu bekommen in die Polizei- und Parteimaßnahmen. Bei der Politischen Polizei waren diese Tatsachen in der Mehrzahl der Fälle bereits auf Grund bestehender Akten bekannt. Besonders erwähnenswert ist ein Vorfall bei der Stagerat-Feier in Berlin. Damals wurden die deutschnationalen Kampfstaffeln, die in der für sie immerhin erheblichen Zahl von über 200 Teilnehmern aufmarschiert waren, beim Abmarsch durch-

Dabei wurde festgestellt, daß 140 von ihnen bis zum 5. März aktiv in der kommunistischen bzw. sozialdemokratischen Partei oder einem der beiden Parteien nahestehenden Verbände tätig waren.

Diese Feststellungen sind erst getroffen worden, nachdem die Namen der Zwangsgestellten an Hand der Kartei der

deutschen Polizei nachgeprüft worden waren. Besonders interessant ist eine mitbeilagsame Liste einer Kampfstaffel aus dem 82. Berliner Polizeirevier. Sie enthielt 35 Namen von Mitgliedern des deutschnationalen Kampfringes. Von diesen sind bei 18 belästigte Akten bei der geheimen Staatspolizei vorhanden. Besonders bezeichnend ist es, daß bei den Leuten, die früher im Reichsbanner, bei der KPD, usw. organisiert waren, erhebliche Vorstrafen festgestellt wurden u. a. wegen Betruges, Zuhälterei, Rupperei usw. Einige der Mitglieder des Kampfringes hatten auch den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu beklagen, der gegenwärtig noch besteht.

Aktion im ganzen Reich

Die Aktion gegen die deutschnationalen Kampfringe wurde nicht nur im Gebiet Preußen sondern im ganzen Reichsgebiet durchgeführt.

In Württemberg

Die Stuttgarter Polizei hat Mittwochnachmittag eine große Aktion gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln, den Deutschnationalen Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand und die deutschnationalen Betriebszellenorganisationen unternommen. Ihre Büros wurden geschlossen, das vorhandene Vermögen wurde beschlagnahmt und die Verbände aufgelöst. Die Aktion wurde auch im übrigen Württemberg durchgeführt.

In Baden

In einer von der Pressestelle beim badischen Staatsministerium ausgegebenen Mitteilung wird gesagt, daß die Reichsregierung sich veranlaßt gesehen habe, die Länder zu ersuchen, die Kampf- und Jugendverbände der Deutschnationalen aufzulösen und zu verbieten. Demgemäß ist auch von der badischen Regierung die Verbotsmaßnahme ergangen. In der Notiz wird gesagt, daß es Sache der Deutschnationalen Partei sein werde, den festgestellten Mängeln nachzugehen und sie abzustellen. Die Maßnahmen richteten sich in keiner Weise gegen den alten Bestand der Partei und ihrer Verbände selbst.

In Oldenburg

Die Aktion gegen die deutschnationalen Kampfstaffeln setzte Mittwochnachmittag auch im Gebiete des Reichsstatthalters Röder, in Bremen und Oldenburg, unter Beteiligung von Polizei und SA, überall ein. Es wurde vielfach belastendes Material bei den Hausdurchsuchungen gefunden. Das Ergebnis der Hausdurchsuchungen wird noch geprüft, doch ist bereits die Auflösung der gesamten Kampfstaffeln im Gebiete des Freistaates Oldenburg angeordnet worden.

In Bremen

Wie die Polizeidirektion mitteilt, sind der Kampfring junger Deutschnationaler und die deutschnationalen Kampfstaffeln in Bremen aufgelöst worden.

In Sachsen

Die Auflösung der deutschnationalen Kampfstaffeln ist auch für den Freistaat Sachsen angeordnet worden und bereits in der Durchführung begriffen.

Reibungslose Durchführung

Nach den bisherigen Mitteilungen hat sich die Durchführung der Aktion ohne wesentliche Zwischenfälle vollzogen. Die aus den einzelnen Gebieten des Reiches eingelaufenen amtlichen Berichte über die Durchführung der zentral angeordneten Maßnahmen belagen im einzelnen etwa folgendes:

In Mitteldeutschland wurden überall die Büros des Deutschnationalen Kampfringes und des Bismarck-Bundes geschlossen und die Akten beschlagnahmt, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen kam. — Im Nordwesten des Reichs wurde, besonders in Bremen und Oldenburg, bei den Hausdurchsuchungen vielfach belastendes Material gefunden. In Hannover und in Braunschweig wurde die Auflösung der Kampfstaffeln ebenfalls störungslos vollzogen. — In Hamburg ist der Kampfring bereits am 29. Mai aufgelöst und verboten worden. — Im Westen ereigneten sich ebenfalls keine besonderen Zwischenfälle. Überall wurden die Geschäftsstellen besetzt und die Mitgliederlisten beschlagnahmt. — In Baden, Württemberg und Bayern ist die Aktion, soweit eine solche bei dem dort nur sporadischen Vorkommen der deutschnationalen Staffeln überhaupt voran-
war, ohne Störungen durchgeführt worden. — Auch im Süd- und im Osten des Reichs haben sich keinerlei besondere Zwischenfälle ereignet.

Deutschnationaler Einspruch bei Göring

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schmidt-Hannover hat für die Deutschnationale Front beim preussischen Ministerpräsidenten Göring telegraphisch Einspruch erhoben gegen die Durchführung von Hausdurchsuchungen bei deutschnationalen Reichstagsabgeordneten.

Inzwischen sind übrigens die zunächst festgenommenen deutschnationalen führenden Persönlichkeiten wieder aus der Haft entlassen worden. Insbesondere wurde auch der Reichstagsabgeordnete Timm wieder freigelassen. Die Deutschnationale Front wird in Verhandlungen ihrer Parteiar-

mien und in Verhandlungen mit den maßgebenden Stellen verhandeln, eine Klärung der Streitfälle herbeizuführen. Vor Abschluss dieser Verhandlungen wird von der Deutsch-nationalen Front jede weitere offizielle Erklärung abgelehnt.

Nach Jungdo und Werwolf verboten

Gleichzeitig wurde das schon seit längerer Zeit erwogene Verbot des Jungdoischen Ordens, des Werwolf und der Deutsch-Nationalen Freiheitspartei in Baden verfügt.

Auch der braunfarbige Minister des Inneren hat mit sofortiger Wirkung sämtliche in Braunschweig bestehenden Landes-, Bezirks- und Ortsgruppen des Jungdoischen Ordens, des Werwolf und des Tannenbergs-Bundes aufgelöst. Die Wiedererrichtung der Gruppen ist verboten.

Tragen der Kampfflägel-Uniform verboten

Wie Confi erzählt, ist das Tragen der grünen Uniform der Kampfringe und das Tragen der Abzeichen der Kampfflägel selbstverständlich verboten worden.

Eingliederung des Stahlhelms in die NSDAP

Die Reichspressstelle der NSDAP teilt mit:

In einer heute stattgefundenen Besprechung zwischen dem Herrn Reichsminister, dem Herrn Reichsarbeitsminister, dem Herrn Reichswehrminister und dem Herrn Reichsminister des Innern wurde folgendes vereinbart:

Zur Sicherung der Schlagkraft der nationalsozialistischen Revolution gliedert sich der Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer, in die nationalsozialistische Bewegung in folgender Weise ein:

a) Der Kernstahlhelm bleibt wie zuvor der Führung des Bundesführers unterstellt.

b) Der Bundesführer verbietet von jetzt ab den Mitgliedern des Kernstahlhelms jede andere Parteizugehörigkeit als die zur NSDAP.

c) Der Führer der NSDAP, Adolf Hitler, gibt so die Mitgliedschaft des Stahlhelms zur NSDAP frei.

d) Der Jungstahlhelm tritt neben SA und SS und wird dem obersten SA-Führer unterstellt. Der „Scharnhorst“ wird in die Hitler-Jugend eingegliedert.

e) Der Jungstahlhelmführer von Morozewicz tritt zum Stab des obersten SA-Führers.

Berlin, den 21. Juni 1933.

Adolf Hitler

Franz Sedlitz

Aufruf des Stahlhelmführers

Der Erste Bundesführer des Stahlhelms und Reichsarbeitsminister Franz Sedlitz hat folgenden Aufruf erlassen:

Die nach dem siegreichen Durchbruch der nationalsozialistischen Revolution nachdrücklich betriebene Ausbreitung und das Verhalten des Kampfringes junger Deutschnationaler, dessen Vorhandensein und Zweck auch dem Stahlhelm stets unverständlich war, hat heute eine Aktion ausgelöst, deren Notwendigkeit im Sinne der nationalsozialistischen Staatsidee gegen jede Reaktion anerkannt werden muß.

Darum befehle ich entsprechend meinen Fehrbellener Ausführungen gegen jede Reaktion: Der Stahlhelm steht heute und zukünftig zu Adolf Hitler und in der Front der nationalsozialistischen Revolution.

Stahlhelm im Rheinland aufgelöst

Das Oberpräsidium der Rheinprovinz teilt mit: Zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Rheinprovinz wurde im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten auch in den Regierungsbezirken Aachen, Koblenz, Köln und Trier der Stahlhelm seitens der zuständigen Regierungspräsidenten in seiner jetzigen Führung aufgelöst. Die Geschäftsstellen und Heime des Stahlhelms wurden vorläufig geschlossen, die Vermögenswerte beschlagnahmt.

Zur Durchführung des Stahlhelmverbots haben die Regierungspräsidenten von Koblenz und Trier folgende Anordnung erlassen: Auf Grund des Polizeiverwaltungsgesetzes und der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat wird für die Regierungsbezirke Koblenz und Trier angeordnet:

1. Sämtliche Geschäftsstellen des Stahlhelms und seiner Unterorganisationen sowie alle sonstigen deren Zwecken dienenden Räumlichkeiten werden bis auf weiteres geschlossen.
2. Die gesamten Vermögenswerte des Stahlhelms und seiner Unterorganisationen werden einstweilen sichergestellt.

3. Allen bisherigen Führern des Stahlhelms und seiner Unterorganisationen wird bis auf weiteres jede Betätigung innerhalb des Bundes und seiner Unterorganisationen untersagt. Auch ist jedem Stahlhelmer bis auf weiteres verboten, anstelle der bisherigen Führer tätig zu sein.

4. Mit der Durchführung der Neuorganisation des Bundes in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier wird ein zu ernennender Kommissar beauftragt. Dieser hat nach Anweisung der Regierungspräsidenten alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Stahlhelm von allen marxistischen Elementen zu befreien und ihn seiner ursprünglichen Aufgabe als unpolitischer Wehrverband wieder zuzuführen.

Auch in Aachener Stahlhelm-Verbot

Die Pressstelle des anhaltischen Staatsministeriums teilt mit: Das anhaltische Staatsministerium, Abteilung Inneres, hat die Stahlhelm-Ortsgruppen in Magdeburg und Jena mit ihrer Organisation mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Veranlassung zu dieser Maßnahme war das starke Eindringen marxistischer und kommunistischer Elemente in den Stahlhelm sowie die Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Mitglieder dem Verlangen des nationalen Staates nicht Rechnung getragen hat, vielmehr durch seine zweideutige Haltung die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet. Ganz besonders ausschlaggebend für das Verbot war das Verhalten des Stahlhelms in Jena, wo in großer Zahl Kommunisten und Marxisten Aufnahme im Stahlhelm und in der Stahlhelm-Selbsthilfe fanden und sogar erklärten, nicht gewillt zu sein, für das gemeinsame nationale Ziel zu streben, sondern eine Gegenorganisation zur SA zu bilden.

Umfangreiche Zerlegungsarbeit

Abschluß der Aktion gegen die Kampfringe

Berlin, 22. Juni.

Zu dem Verbot der Kampfringe der deutschnationalen Front (Kampfflägel) und der Bismarck-Jugend werden noch folgende Mitteilungen gemacht:

Das Verbot ist durch das Geheime Staatspolizeiamt in Verbindung mit besonderen Bereitschaften der Schutzpolizei bis zum Abend in ganz Preußen reiflos durchgeführt worden. Der preussische Ministerpräsident sah sich um so mehr zu dieser Maßnahme veranlaßt, als die Führung der Kampfflägel eine unglaubliche Rührkraft ausstrahlte, die angesichts des ihr in loyalen Weise beizugegebenden Materials an den Tag gelegt und eine Wüstung der unterirdischen Zustände nicht in Angriff genommen hätte. Aus dem vom Geheimen Staatspolizeiamt beschlagnahmten Material wird in immer stärkerem Maße ersichtlich, daß die Kampfflägel bis zu 70 Prozent kommunistisch und marxistisch durchsetzt sind.

Die Durchsicht der Mitgliederlisten hat ergeben, daß nicht nur die einfachen Mitglieder der marxistischen Organisationen, sondern auch die Funktionäre in die Kampfflägel übergetreten sind und dort ihre staatsfeindliche und zersetzende Tätigkeit vollumfänglich durchgeföhrt haben. Auch Elemente, die aus der SA und anderen nationalen Wehrverbänden wegen verdächtiger Gesinnung und anderer Umstände ausgeschlossen wurden, sind in die Kampfflägel an führender Stelle aufgenommen worden.

Einen ganz besonderen Typ innerhalb der Kampfflägel ist der sogenannte K.S.-Mann Brandenburg aus Berlin. Dieser Führer ist 20 Mal in den letzten zehn Jahren verurteilt, darunter wegen Diebstahls, zwei Mal wegen Zerstörungsbrechens, wegen Erregung öffentlichen Aufruhrs usw. Ferner sind ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre abgeprochen. Im Bezirk des Polizeireviere 89 sind von 13 K.S.-Leuten 8 als marxistische kriminelle Verbrecher festgestellt worden. In zahlreichen Kampfflägeln wurden prominente Mitglieder der Berliner Ringgruppe festgestellt.

Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß diese ganzen Verbrecher nicht nur den Kampfflägel, sondern darüber hinaus auch organisatorisch der deutschnationalen Front angehören. Das erschwert die Lage außerordentlich, denn auch die deutschnationale Front mußte also nach den von zuständigen Stellen gemachten Angaben von diesen Leuten gereinigt werden.

Die Gesamtstärke der Kampfflägel betrug in Berlin etwa 3000. Davon sind 2000 bis zum Februar aktiv im marxistischen Lager tätig gewesen. Sie sind nur nach eigenem

ner Zusage aus dem Grunde in die Kampffront eingetrennt, um ihre staatsfeindlichen Pläne durchzuführen. Die kommunistischen Elemente haben es verstanden, sich bis in die obersten Führerstellen der Kampfflägel hineinzuschieben.

Der Führer der Stabskampfflägel, Schuster, ist ein ehemals bekannter Rotarmist. Er ist früher Führer der Roten Flottillen gewesen. Ein anderer Führer einer Sonderkampfflägel, Dietrich, gehörte der Fremdenlegion an. Ein dritter, das nam sehr viel bei Kampfflägelleuten hat, ist ein

Ämtliche preußische Begründung

Ämtliche preußische Begründung.

Ueber die Auflösung der Kampfringe der deutschnationalen Front wird jetzt eine amtliche Darstellung veröffentlicht, die sich im wesentlichen mit der von bereits geäußerten Borgehörigkeit des Verbots deckt. Im einzelnen heißt es in dieser Mitteilung noch:

Nachdem die nach der nationalen Erhebung ins Leben gerufenen „Kampfgemeinschaften junger Deutschnationaler“ öffentlich in die Erscheinung getreten waren, ergaben von Seiten kommunistischer Führer und Erklärer im Laufe der letzten Monate ständig schriftliche und mündliche Anforderungen an alle ehemaligen Mitglieder des „Kampfflaggenbundes“ und sonstigen Genossen der kommunistischen Partei Deutschlands, in die Deutschnationalen Kampfflägel einzutreten.

Anweisungen dieser Art wurden nach den von Staatspolizeistellen und sonstigen Polizeibehörden erstatteten Mitteilungen nicht nur in Groß-Berlin, sondern in planmäßiger Verfolgung kommunistischer Zerlegungsbestrebungen mit Erfolg auch in der Provinz ausgegeben.

Innen folgend erklären im gesamten preussischen Staatsgebiet zahlreiche Kommunisten ihren Beitritt zu den Deutschnationalen Kampfflägel; es gelang ihnen auch in größtem Umfang, z. T. in geschlossenen Gruppen, Aufnahmen zu finden und die Kampfflägel alsbald völlig kommunistisch zu durchsetzen.

Anweisungen aus kommunistischer Quelle, die Kampfflägel seien nunmehr „marxistisch veredelt“ bis auf die Knochen“ bestätigen den von ihnen erstrebten Erfolg.

Der Einwand, erfolgreiche kommunistische Zerlegungsbestrebungen seien auch in den Reihen anderer nationaler Verbände festzustellen, ist nicht stichhaltig. Daß die großen, weit langem bestehenden, in ihrem Kern über jeden Zweifel an ihrer politischen Zuverlässigkeit erhabenen nationalen Kampferbände ohne jede Gefährdung ihrer politischen Richtung sehr wohl imstande sein mögen, hier und da Mitglieder kommunistischer Herkunft aufzunehmen, bedarf keiner Erörterung. Sie sind infolge ihrer festen unerschütterlichen inneren Gefolgschaft imstande, diese ihnen fremden Elemente sich auch in bewußter Verfolgung und Durchsetzung ihrer Ideenrichtung innerlich einzugliedern.

Die Kampfringe der Deutschnationalen Front sind dagegen schon in ihrem Aufsteigen den planmäßigen kommunistischen Zerlegungsbestrebungen, denen sie — wohl auch infolge in dieser Hinsicht mangelnden Erfahrung und Einsicht ihrer Führung — nicht den erforderlichen Widerstand entgegengeleitet, alsbald völlig erlegen.

Es entspricht der im vorliegenden Fall durch Beobachtungen bestätigten allgemeinen Erfahrung, daß ältere aus kommunistisch-marxistischen Kreisen stammende Mitglieder der Kampfringe der Deutschnationalen Front ihnen zugehörige jugendliche Verbände gleicher staatsfeindlicher Einstellung mit Erfolg zum Eintritt in die Jugendgruppen der Kampfringe den Bismarckbund, veranlassen, der die jugendlichen Verbände bis zum wahlfähigen Alter umfaßt und nach den Erklärungen des Reichsgruppenführers des Bismarckbundes überall mit den Kampfringen der Deutschnationalen Front eng verbunden ist.

Seine Mitglieder tragen die gleiche Uniform, wie die Angehörigen der Kampfringe, sie unterzeichnen sich äußerlich von diesen nur durch die Aufschrift „Bismarckbund“ auf den Armbinden. Im Hinblick auf die organische Einheit der Kampfringe und des Bismarckbundes sind im Interesse von Staat und Volk und der zielbewußten Fortführung der nationalen Revolution unterchiedslose Anweisungen in bezug auf beide Verbände mit zwingender Notwendigkeit geboten.

Die Sporkischen Jäger

Roman von Richard Stommes
Copyright 1933 by Romanistik Verlag Berlin 20
(34. Fortsetzung.)

Als Mitekelsdorf wieder ins Haus kam mit ihrem schweren Herzen, fand sie die Eltern in heftigem Streit. Die Mutter schrie aufgeregt in der Stube herum wie eine dicke Kropfhaube, der Vater aber schlug mit der harten Faust auf den Tisch und schrie so laut, als es ihm sein kurzer Atem erlaubte, was sie an diesem neuen Bewerber um die Hand der Tochter wohl auszufragen hätte! Aus gutem Hause wäre er, im Handwerk hochfahren und ein weiser, kluger Mann, dessen man sich vor der Verantwortung nicht zu schämen brauchte. Das brühe Gebete mit diesem Herrn von Naugaard aber müßte endlich aufhören, könnte zu nichts anderem führen, als die Mite um in böses Gerüde zu bringen. Die Mutter erwiderte jäh, er sollte sich um das Schicksal der Tochter nicht kümmern, das wäre ihre Sache! Nicht umsonst hätte sie das Kind in der höheren Bildung erziehen, das tüchtige Schulgeld bezahlt, sondern weil sie mal ein anderes Leben führen sollte, als eine gewöhnliche Fräulein! Und wozu hätte man all das viele Geld geopfert? Vielleicht um es im Rasen schimmeln zu lassen, oder um all dem Volke in der Runde zu zeigen, daß die geliebte einzige Tochter es nicht nötig hätte, auf der gleichen Stufe zu bleiben. „Wer sich unter die Treiber mischt“, so schloß sie, „den freisen die Schweine. Wer sich aber stolz abhebt, kann seinen Kopf hoch tragen!“

„Da“, schrie der alte Kelsdorf böhmisch zurück, „wie der Scheinplig, als ihm der Nichterfolg auf den Fuß fiel!“

Da trat die Mite dazwischen, hob die braune, kleine Hand. „Vater, laß nach, und schab! dir nicht in deiner Gesundheit! Zwischen mir und dem Herrn Reutnant von Naugaard ist es aus!“

„Was?“ sagte die Mutter und griff sich nach dem dicken Hals. „Sch hab' wohl nicht recht gehört? Und ich will nicht hoffen, daß du dich gegenüber dem Herrn Reutnant vielleicht unpassend benommen hast?“

Mite zuckte mit den Achseln und sah ins Leere.

„Wenn's unpassend ist, sich selbst in Gefahr zu begeben, um den andern zu retten, dann wohl!“

„Ein bißchen deutlicher, mein Kind! Hast du ihm den Abschied gegeben oder dir?“

„Er mir“, erwiderte Mite und senkte das braune Gesicht, das sich vor jäh empfindlicher Scham dunkel färbte. „Er konnte es nicht mehr ertragen, sagt er, daß ich nutzlos meine Jugend an ihn fängte, wo er mich doch nie und nimmer heiraten dürfte! Und jetzt zwei Tage haben wir uns nicht mehr gesehen. Um Abend fand ich immer an der Mauer, aber nicht mehr mal sein Jäger kam, um mir zu sagen, ich möcht' nicht vergebens warten.“

Der Vater wollte aufbegehren, die Mutter aber schnitt ihm mit einer kurzen Bewegung die Rede ab. Und in ihrem Zorne vergaß sie die vornehme hochdeutsche Sprache.

„Geg di flapen, Kelsdorf, um äweralt dat mit Däfor bin ed Manns genug, um mit dißen Herrn Reutnant awtoräteln! Ed wär emm dat schon betahsen, umf' Kind zwei Jahr lang an de Räs' romtöfahsen!“

„Mutter“, schrie Mite auf und hing sich ihr an den Arm. „Mutter, sei vernünftig, er kann doch nichts dafür! ... Mehr als hundertmal hat er mir's schon gesagt, es könnt' nichts werden zwischen uns, wir müßten still wieder auseinandergehen, trotz seiner Liebe. Nur ich war so dumm, hab' sie jualetzt noch gehofft und bin ihm immer wieder nachgelaufen!“

„Schab' dir, mein Deern, he ward die schon freigeht!“

„Aber Mutter! Begreift du denn nicht, daß es 'ne Schande für mich wär, wenn er's nicht freiwillig tät?“

Die dicke Kelsdorfin stieß sie heftig zurück.

„Na schön, dat ward bei mir allens jetzt behahen! Wenn eins nich mehr Reutnant is, braucht er ja wohl keine Ständes-vorurteile mehr zu haben!“

„Mutter, ich hab' all diese Tage so viel im stillen gemeint, ich kann nicht mehr! ... Sie griff mit der Hand ins Leere und brach mit einem jähem Wehlauf auf der Diele zusammen. Der alte Kelsdorf sprang hinzu, so rasch als seine gichtigen Füße es erlaubten, hob sie auf und schloß sie zärtlich in seine Arme. Sprach ihr gültig zu und sah seine Frau feindlich an. Die aber guckte nur mit den fetten Schultern unter dem straffen schwarzen Seidentleide.

„Sie wird schon wieder zu sich kommen! Und wer seine Kinder zum Guten führen will, muß ihnen weh tun manchmal. In vier Wochen wird sie's mir danken!“

Sie ging hinaus, in ihren tiefstehenden blauen Augen blühte es bösartig auf. Und während sie in der Schuttlade nach Papier und Bleistift traute, entschied sich das Schicksal des Reutnants von Naugaard vom Bataillon Spork.

Das Wunderwort von Belustigtheit, das die Seebachin in achtjähriger Arbeit im Rohnsteiner Forsthaus nach den neuesten Schnittmustern aus hellblauem Stoff und weißer Seide als Untergrund geschaffen hatte, war endlich fertig geworden. Fräulein Elsbeth stieg in den Aufschwägen, die beiden Schöner bissen ungeduldig in die Zügel, und die alte Trine schlug bewundernd die rügeligen Hände zusammen.

„Wie 'ne Prinzessin! Und wenn du über den Wartplatz schiffst, nicht höflich ein gewisser Herrmann zum Fenster raus!“ Mit diesem „gewissen Herrmann“ meinte sie den Oberleutnant von Bahrenberg, mit dessen Werbung sie einverstanden war, nachdem Elsbeth ihr erklärt hatte, er wäre bei weitem der feinste und vornehmste Offizier im ganzen Bataillon.

Der Tod seines Vaters mußte er zu seinem Vergnügen, dem nach dem Tode seines Vaters mußte er das große Majorat übernehmen, da weit hinten in Westpreußen, mit einem richtigen Schloß und zahlloser Dienerschaft, mit einem richtigen, das ein so vornehmer Herr einfein, alten Wirtschaftsmittag auf seinem prächtigen Schloßschloß geritten kam, wenn er sich vor dem Herrn und Ergebenheit. Als fürchtete sie, gekünd diese glänzende Partie noch im letzten Augenblick entgehen sollte.

Der Forstmeister hob sie unwirsch zur Seite: „Machen Sie mir das Mädel nicht ganz verkehrt, Trine!“

Der alte Jochen in seiner feinen blauen Feiertagskutte mit den blauen Knöpfen schätzte mit der Zunge, gab den Geleit von der Schar der Teufel, die ein Ende weit küssend mitrannten, bis sie von selbst wieder umkehrten, weil ihre trummen Kurzweine das Tempo der Fahrt nicht aushielten. (Fortsetzung folgt.)

Sonnenwend', ein deutsches Fest

Allehand zum Johannistag am 24. Juni.
Von Reinhold Michaelis, Berlin.

Sonnenfest und Sonnenhunger bildeten einst den Grundzug der religiösen Verehrung unserer germanischen Vorfahren. Den Sieg des Lichtes über die Finsternis ihrer Äußerer feierten sie zur Zeit der Winter Sonnenwende in dem Lausitzen mit rauhen Gebrauchen und Gefängen, und der Sieg des Lichtes wiederholte sich zur Sommer Sonnenwende am 24. Juni des Jahres, wenn zu Ehren der Sonne auf den Bergen die Feuer emporloderten. Mit einem Rauschen aus düsterem Holz einschufte der Priester die heilige Glut, von der die Brände zu den Herdfeuern durch den anbrechenden Morgen getragen wurden. So sicherte man das Glück und den Frieden am Herd. Ein Überbleibsel umfing die flackernde Höhe und den wirbelnden Qualm der Scheite, flackernde Flammen durch die Luft, Flammenräder rollten die Berge hinab als Zeichen der abziehenden, sinkenden Sonne. So wurde der Abschied des großen Tagesgestirnes durch die Feuer verherrlicht.

Als dann die christlichen Sendboten das Kreuz predigten, mußten sie sehr wohl die Leute zu schämen, mit der die heidnischen Germanen an diesen Bräuchen hingen, und ließen die Feuer bestehen. Sie legten ihnen einzig und allein einen andern Sinn unter, indem sie Johannistag, den Tag der „Mann mit dem brennenden Herzen“, in Beziehung zu dem altchristlichen Christen brachten, zumal er auch im Hinblick auf Christus gesagt hatte: „Er muß sterben, ich aber muß abnehmen.“ So deuteten die christlichen Missionäre diesen Ausdruck auf die sommerliche Sonnenwende, so wurde aus dem heidnischen Sonnenwendfest der christliche Johannistag. Darum heißt es im Volkslied:

„Dies ist der Tag, da einst im Haine
Der Ahnen Dank zum Himmel stieg,
Da froh im festlichen Vereine
Sie feierten der Sonne Sieg,
Wie sie belehrt, befehrt, erkannt,
Den Quell des Lichts, der Sonne Herrn,
Und bis sich ihre Herzen wandten
Zum ewigen Licht des Völkchens Stern.“

So lobeten denn auch nach der Einführung des Christentums die einstigen Sonnenwendfeuer als „Johannistag“ weiter den Himmel, und heute werden diese alten, heidnischen Bräuche, die schon stark im Schwund waren, wieder neu belebt. Nicht bloß in manchen Gebirgsgegenden Bayerns und Ostpreußens, in Thüringen und im Harz, sondern auch in Ostpreußen, in den Wäldern Masurens, lohen die Feuer und steigt das „Flamme empor“ zum nächsten Himmel zur Zeit der Sommer Sonnenwende.

So erinnern sie uns auch heute wieder an die tiefe Lichtesflucht und den unermüßlichen Lichtglauben unseres Volkes, das in aller Dunkelheit der Welt und des Schicksals vom Licht nicht läßt und sich auch aus der trostlosen Zeit der vergangenen Jahre wieder zum Licht emporhebt und gerungen hat. Sie erinnern uns aber auch an die Vergänglichkeit alles irdischen Lichtes.

Und das ist das erste Grundmotiv des christlichen Johannistags, das ist Johannistag, das ist Menschenlicht.

„Johannistag, du Urbild hoher Kraft,
Die Blüten noch und doch schon Früchte schafft.
Die Blüten opfert, daß die Frucht entsteht“,
Du voller Lebenslust und Todesweh...

Das ist schwer und stimmt wehmütig, und ist doch das große Begeh alles Werdens und Lebens. Aber es liegt auch in harter Trost darin, wenn man es nur recht versteht. „Reif sein ist alles!“ So sagt ein gutes und tüchtiges Wort. Wohlverstanden: reif sein! Nicht bloß blühen, nicht prangen und duften im Blütenstaud, nein, reif sein ist alles. Dazu leuchtet die Sonne, daß sie die Saat zur Reife bringt, dazu blüht das Feld, daß das goldene Korn in den Ähren reift. Dann mag das äußere Licht auch abnehmen, es macht dafür das innere Licht des eigenen Wertes, das ewige Licht, das nicht vergeht noch abnimmt.

× Tag der Jugend. Zum erstenmale soll in diesem Jahre die Feier der Sonnenwende in unserem deutschen Vaterlande allgemein begangen werden. „Als Tag der Jugend“ — sinnvoller hätte diese Feier in einen Festtag nicht eingetaucht werden können — wird der Johannistag dieses Jahres ein ganz eigenes Gepräge zeigen. Wenn in den Tagen unserer Vorfahren manch schöner, sinnvoller Brauch mit dieser Feier verbunden war, von denen jeder die enge Verbundenheit der Menschen mit ihrem heimatlichen Boden erkennen ließ, so liegt es heute an uns, ganz besonders aber innerhalb der Jugendbeziehung als Aufgabe, Jugend und Volk zurückzuführen zu dem uralten, in seiner Reife nie versiegenden Mutterboden deutscher Heimat und deutschen Glaubens. Sicher werden wir diesen Tag nicht so feiern können, wie früherals „Tag der hohen Zeit“, als Hochzeit des Jahres aus dem Glauben an die ewige Schöpferkraft der Sonne und des Feuers begangen werden konnte. Wir können voreerst nur damit beginnen, die Sonnenwende unserer Zeit zu feiern. Freuen wir uns alle, daß der „Tag der Jugend“ in seiner Durchführung eine Form gefunden hat, die nicht nur sehr nahe den wichtigsten Sonnenwendfeiern liegt, sondern auch ganz wesentlich den heutigen jugendlichen Wollen entgegenkommt. — Der Vormittag des 24. Juni, des Johannistages, wird die gesamte Schulanfänger des Bezirkes zum sportlichen sportlichen Kampftag auf dem hiesigen Sportplatz vereinen. Der Nachmittag wird mit seinem Wirt-Kampf, der als Mann-Kampftag am 15 Uhr durchgeführt wird, höhere Anstrengungen an die Beteiligten stellen, zumal alle sportlichen Wettkämpfe in voller Kleidung auszuführen sind. An ihnen werden sich voraussichtlich 12 — 15 Mannschaften (je 5 Mann) beteiligen (SV, Fortschritt, FV, DSV, Ebersdorf, Turnerjugend). Wir hoffen und wünschen, daß die Bevölkerung Spangenberg's regste Beteiligung am Verlauf des Tages befinden wird. Die Wettkämpfe werden gegen 18 Uhr beendet sein. Nach dem Abendessen um 20 Uhr ziehen dann alle Jugendgruppen und Schulen Spangenberg's im geschlossenen Zuge mit hoffentlich der gesamten Bevölkerung Spangenberg's gemeinsam zur Feier

Die U. G. Fraktion der Stadtverordneten verpremen Sparsamkeit und Sauberkeit in der städtischen Verwaltung.

Die Hoffnung, daß dieses Versprechen in die Tat umgesetzt wird, hat die gestrige Stadtverordnetenversammlung, bei der die Festhaltung des Haushaltes für 1933 im Mittelwärtig Land, neu gestaltet. Wenn es, wie Stadtv. Dr. Ebert erklärte, leider nicht möglich ist, bei dem diesjährigen Etat einen Ausgleich zu schaffen, so liegt das daran, daß in den Etat ein Fehlbetrag aus dem Vorjahre von 43.600 übernommen werden mußte. Im übrigen ist bei den einzelnen Positionen größtmögliche Sparsamkeit geübt worden. So verringert sich z. B. im Kap. VII. Verwaltung die Beamtenbesoldung um 3.600 Mk., möglich durch die ehrenamtliche Belegung der Bürgermeisterstelle. Weiterhin sind in dem Kap. VII. Verwaltung Einsparungen von Reisekosten zum Städtelag, Verminderung von sonstigen Unkosten, Gebühren usw. vorgenommen worden. In dem Kapitel Volkshilfe ist wiederum der Zuschuß zur höheren Privatschule mit 3.000 Mk. eingestellt, da durch die früheren Stadtverordneten für längere Zeit dieses Verpflichtungen eingegangen sind. Die Stadtverwaltung hat gleichfalls Maßnahmen zur Herstellung besserer Schulverhältnisse an der Stadtschule getroffen. Durch sparsame Verwaltung soll nach dem Haushaltsplan der übernommene Fehlbetrag aus den Vorjahren schon im laufenden Rechnungsjahr vermindert werden. Der komm. Bürgermeister Kettler gab nach der Festhaltung des Etats das Versprechen ab, getreu den neuen Richtlinien zu arbeiten, damit das gesteckte Ziel erreicht werde. Aus dem Verwaltungsbericht des Bürgermeisters ist folgendes von Interesse:

Nach der Personenaufnahme am 10. 10. 1932 betrug die Einwohnerzahl 2191 gegenüber 2145 im Vorjahre. Vom Standesamt wurden in abgelaufenen Jahre 39 (1931 43) Geburten beurkundet, davon entfielen auf Spangenberg 25 (27) und eine Totgeburt. Dazu kommen 2 Ausw. geb. Kinder. Der Bund der Ehe schloßen 23 (17) Brautpaare. Die Bautätigkeit war im abg. Jahre rege. Errichtet wurden 6 neue Gebäude. Die Gesamtzahl der Gebäude beläuft sich jetzt auf 351. Die Einnahmen aus dem Betriebe des Liebenbachbades belaufen sich auf 562 Mk. Der Verkauf des Bades war zufriedenstellend. Der Bedarf der Stadt. Obstbaum war im Berichtsjahre gering, jedoch nur 314,90 Mk. gelöst wurden. Aus dem Verkauf des angekauften Holzes wurden 8562 Mk. gelöst. Nach der Verkaufsaufnahme vom 1. Nov. 1932 hatte die Stadtschule in 6 Klassen 272 Kinder (124 Knaben, 148 Mädchen), davon 2 kath., 10 israel., 1 biff., die anderen evangelisch. Der Gesundheitszustand der Kinder war bis auf die Grippezeit, in der die Schule auf 5 Tage geschlossen werden mußte, gut. Die Bürgerschule wurde von 87 Kindern besucht. Die Zahl der Wohlfahrtsvereinslosen liegt im Berichtsjahre weiter. Es wurden ausgegeben: für Wohlfahrtsvereinslose 17165 Mk. (1931 2772 Mk.), für Risikoprämien 1720 Mk. (5468 Mk.), für Armenunterstützung 13458 Mk. (5157 Mk.), für Sozialrentner 1001 Mk. (2055 Mk.), für Kleinrentner 2642 Mk. (2165 Mk.).

der Sonnenwende auf dem Bromberg. Wir Jugend von Spangenberg wünschen uns, daß alle, die an unserer Feier teilnehmen, den eigentlichen Sinn, nicht nur der Feier, sondern diesmal insbesondere der Sonnenwendfeier wieder zu begreifen sich bemühen. Das kann aber nur geschehen, wenn sich alle tätig in das Gelingen der Feier am Sonnenwendfeuer stellen und von Feuer und Jugend sich mit begeistern lassen. Wenn wir alle um den rechten Sinn dieser Feier uns bemühen, dann werden wir alle auch ihren wahrhaften Inhalt schöpfen: die Kraft, die durch die läuternde Flamme des Sonnenwendfeuers zum Heimalboden, zur Volkwerdung führt.

Merke! Neuigkeiten

Fünf Tote bei Jugungslied. Zwischen Radomir und Dupniza in Bulgarien ist ein Zug, der Straßenarbeiter beförderte, in einem Tunnel mit einer Ripplore zusammengefallen. Der Zug entgleiste. Fünf Arbeiter wurden getötet, 13 schwer verwundet.

Explosion im Bahnhof von Wels. Ein mit Papier, Kohlenläure und Sauerstoffalchen beladener Wagen eines Güterzuges geriet während der Fahrt in der Nähe des Bahnhofes Wels (Oesterreich) in Brand. Im Bahnhof explodierten die Stahlfalchen. Durch den Luftdruck wurden zahlreiche Fenster des Bahnhofgebäudes und der benachbarten Häuser eingedrückt. Verletzt wurde niemand. Da sich der Vorfall bei Nacht ereignete, verursachte er in der Stadt starke Beunruhigung.

Auf der Ferienreise tödlich verunglückt. Auf der Strecke Hof—Regensburg ist zwischen den Bahnhöfen Haidhof und Bonhof ein 11jähriges Mädchen aus dem mit 75 Kilometer Geschwindigkeit fahrenden Eisenbahnzug gestürzt und nach einem Bruch der Wirbelsäule tot liegend geblieben. Das noch nicht näher identifizierte Mädchen stammt aus Myselwig in Oberpfalz und befand sich mit einer größeren Gruppe von Kindern auf der Fahrt nach Salzburg in die Ferien. Das Mädchen hatte sich rückwärts an die Wagentüre angelehnt und dabei aneinander mit dem Eisenbahnzug die Türklappe niedergedrückt.

Drei Kinder von einer Granate zerrissen. In einem Waldchen bei Romm fanden, wie das „Münster Dampfboot“ meldet, drei Kinder eines Landwirts, ein Mädchen und zwei Knaben im Alter von 7 bis 12 Jahren, beim Tannenzapfen sammeln, eine ansehende aus der Kriegszeit stammende Granate, an der sie ahnungslos herumhantierten. Plötzlich explodierte das Geschoss, und die drei Geschwister wurden von den Granatsplittern in Stücke gerissen.

Sechs Kinder beim Spielen verunglückt. Nach einer Blättermeldung aus Kallheim wurden sechs Kinder, die an den Abraumhalden einer Grube in Berrenrath spielten, verunglückt. Zwei davon konnten nur als Leichen geborgen werden.

Fünf Todesopfer des Flugungslieds in Nancy. Zwei der bei dem Flugungslied am letzten Sonntag verletzten Personen sind nachträglich gestorben. Damit erhöht sich die

Die Schulden der Stadt betragen 192535,73 Mk., denen ein städtisches Vermögen von 616624 Mk. gegenübersteht.

Zu Beginn der Sitzung stellte Stadtv. Dr. Ebert fest, daß die Stadtverordneten der S. B. D. und des Arbeiterparteiischen Mittelstandes unentschieden fehlten. Es wurde dann die Einführung und Verpfändung der Stadtv. Lepper und Kerke und die Vereibung der t. Veigeordneten Jenner und Appel vorgenommen. Nach Beratung des Haushaltsplanes stimmte die Versammlung der aufgestellten Finanzordnung, die den geschäftlichen Verkehre auf dem Rathaus festlegt, zu.

Im Punkt 5 wurden die durch den Sparfassenverband für Hessen-Nassau geprüften Sparfassenrechnungen für die Kalenderjahre 1931 und 1932 abgelehrt. Die Bilanzsumme für 1931 beträgt auf beiden Seiten 1184585,87, die für 1932 1121532,95. Der Rückgang von ca. 63000 ist in den Abhebungen von Spareinlagen, die sich aus Anlaß der im Juli 1931 ausgebrochenen Weltkrise, die sich bis zum Ende des ersten Halbjahres 1932 fortsetzte, zu erklären. Nach den Ausführungen des Stadtverordneten-vorsteher's ist schon Ende 1932 infolge der Wiederkehr des Vertrauens des Sparers-Publikums ein erfreulicher Zuwachs an Spareinlagen zu verzeichnen. Der Umfang betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 1932 auf einer Seite 11. 9040431,16. Der Reingewinn in 1931 12.484,25, der aus 1932 nach verschiedenen Abhebungen und durch Verringerung der Zinsspanne 11.4357,42. Dem Rentanten wurde für die Rechnungen nebst Bilanzen aus den Jahren 1931 u. 1932 Entlastung erteilt. Der t. Bürgermeister Kettler richtete an alle die Bitte zur Zusammenarbeit mit der Stadtparke, zumal ja auch deren Lebensschiffe der Stadt und deren Bürgern zugute komme.

Die Einrichtung einer 2. Polizeiamtenteile wurde von den Stadtverordneten, wie auch vom Magistrat, abgelehnt. Dem Vertrag über die Beförderung des Stadtwaldes durch den Staat und dem Austausch einer kleineren Grundstücksfläche am Wasserleitungshochbehälter mit dem Lehrer Heint. Kiel gaben die Stadtverordneten ihre Zustimmung.

Bürgermeister Kettler gab noch zur Kenntnis, daß zur Wasserversorgung der Einwohner oberhalb des Hochbehälters und des Schlosses demnach ein Pumpwerk in den Hochbehälter eingebaut werden muß.

Zum Schluß erwähnte Veigeordneter Jenner zu eifriger Mitarbeit am Werke Adolf Hitlers. Jeder müsse mitarbeiten und daran denken, daß Arbeit geschaffen werden muß, damit auch der letzte Mann an die Arbeit gestellt wird. Der Kreis Messungen trage durch den Wegbau von Dankrode nach Hegerode und Boderode nach Waderode, außerdem durch einen Brückenbau bei Malo-feld an der Arbeitsbeschaffung im reichen Maße bei.

Mit einem „Sieg Heil“ auf die Männer, die an der Spitze unseres geliebten Vaterlandes stehen, wurde die Sitzung geschlossen.

Zahl der Todesopfer auf fünf. Wie erinnert, war bei einer öffentlichen Flugveranstaltung ein Militärflugzeug gegen einen Schuppen gerannt, wobei der Besatzmann explodierte.

Wirbelsturm über Rouen. Rouen wurde von einem Wirbelsturm von nur wenigen Minuten Dauer heimgelacht, der großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt, und viele Personen wurden durch niederfallende Dachziegel und Holzsplinter mehr oder weniger schwer verletzt.

18 400 Zwangsversteigerungen in der Landwirtschaft.

Wie das Statistische Reichsamt festgestellt hat, wurden im Jahre 1932 im Deutschen Reich mehr als 18 400 Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke mit einer Fläche von zusammen mehr als 342 800 Hektar eingeleitet. Die von der Einleitung der Zwangsversteigerung betroffene Fläche beläuft sich damit auf rd. 10 v. T. der Jahre 1925 gezählten Gesamtfläche land- und forstwirtschaftlich genutzter Grundstücke. Gegenüber dem Jahre 1931 hat die Zahl der eingeleiteten Zwangsversteigerungen um 8,8 Prozent zugenommen, während jedoch die betroffene Fläche um 15,5 Prozent geringer war.

Reichsangehörigkeit in Vorbereitung.

Die Arbeiten am Reichsangehörigkeitsgesetz, das an die Stelle der bisherigen nach Ländern verschiedenen Staatsangehörigkeit der deutschen Staatsbürger eine einheitliche Reichsangehörigkeit setzen soll, werden im Reichsinnenministerium fortgesetzt. Sie dürfen in absehbarer Zeit zum Abschluß gelangen.

Referent für Frauenfragen im Reichsinnenministerium.

Reichsminister Dr. Frick hat die Gauleiterin der NS. Frauenfront, Frau Düsselhof, Frau Paula Siebert, als Referentin für Frauenfragen in das Reichsinnenministerium des Inneren berufen. Frau Siebert hat insbesondere den Auftrag erhalten, die verschiedenen Frauerverbände zu einer Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Frauerverbände zusammenzuschließen.

100 000 RM-Stiftung der Arbeitsfront.

Wie der Zeitungsdienst erzählt, hat die deutsche Arbeitsfront der Hitler-Spende für die Opfer der Arbeit 100 000 Mark durch die Arbeiterbank überwiesen.

Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Das Mitglied der Fraktion der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot im oldenburgischen Stadtrat, Dr. Lebbe, ist aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Vorübergehende Festnahme Jörgiebls.

Zu Blättermeldungen über Verhaftung des früheren Kölner Polizeipräsidenten Jörgiebl wird von zuständigen Stellen erklärt, daß Jörgiebl vor etwa 14 Tagen zum Zwecke einer Vernehmung vorübergehend festgenommen worden war, jedoch bereits nach 24 Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Wahrung des Arbeitsfriedens

Konferenz der Treuhänder der Arbeit

Reichsarbeitsminister Seldte hatte die neuernannten Treuhänder der Arbeit zu einer Versammlung in das Reichsarbeitsministerium eingeladen. Der Reichsarbeitsminister begrüßte die Treuhänder und dankte ihnen ausdrücklich auch im Namen des Reichsanwalts für die Bereitwilligkeit, das überaus wichtige und verantwortungsvolle Amt eines Treuhänders der Arbeit zu übernehmen. Mit der Ernennung der Treuhänder hätte, so führte der Minister u. a. aus, die Schlichter ihre Tätigkeit beendet. Er lege es für seine Pflicht an, den bisherigen Schlichtern für ihre Mithewaltung seinen Dank auszusprechen.

Der neue außerordentliche Staat stellt sich vollkommen anders zur Wirtschaft als der bisherige liberal-demokratische Staat. In Zukunft erhebt der Staat auch gegenüber der Wirtschaft den unbedingten Führungsanspruch. Die Wirtschaft hat dem Volke zu dienen und Aufgabe des Staates ist es darüber zu wachen, daß dies auch geschieht.

Wir haben heute einen in seinen Fundamenten neu gegründeten Staat, aber noch eine in ihren Grundlagen im wesentlichen unveränderte Wirtschaft. Das zeigt sich vor allem noch in unseren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, das nach einer gründlichen Erneuerung im Geiste der nationalen Revolution mit dem Ziele einer beruflichen und sozialen Ordnung anhebt.

Bis dieses Ziel erreicht ist, muß der Staat die Treuhänderschaft für die Arbeit selbst übernehmen und das alte System in eine neue Ordnung überleiten. In der auch die Regelung der Arbeits- und Lohnbedingungen Aufgabe der berufständlichen Selbstverwaltung ist. So sind die Treuhänder der Arbeit geschaffen und vom Reichsanwalt ernannt worden, um an Stelle der Vereinigungen von Arbeitnehmern einzelner Arbeitgeber oder der Vereinigungen von Arbeitgebern rechtsverbindlich die Bedingungen für den Abschluß von Arbeitsverträgen zu sorgen und um bei der Vorbereitung der neuen Sozialgesetzgebung mitzuwirken. Die Treuhänder verkörpern die höchste Staatsautorität und sind daher lediglich an die Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden.

An der Aussprache mit den Treuhändern wurde festgestellt, daß der Wille der Reichsregierung monach für die notwendige Übergangszeit die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen grundsätzlich in Geltung bleiben müssen, und daß es die Pflicht aller Beteiligten sei, die in den Tarifverträgen getroffene Regelung, soweit sich ihre Verringerung nicht als unumgänglich notwendig erweise, grundsätzlich aufrecht zu erhalten auch als Richtlinie für die Arbeit der Treuhänder zu gelten hat.

Sollte sich dennoch die Verringerung einzelner Tarifverträge als unbedingt erforderlich erweisen, so sind die Treuhänder im Rahmen der Weisungen der Reichsregierung vollkommen frei in ihren Entscheidungen und sollen diese autoritär. Schlichtungs- und Verhandlungen, wie sie bisher nach dem liberalistischen und marxistischen Kampfsystem stattgefunden haben, gibt es in Zukunft nicht mehr. Das schließt aber nicht aus, daß die Treuhänder sich mit der Führern der beteiligten Berufe und ihrer Verbände zwecks Unterrichtung in Verbindung setzen und ihre Entscheidung vorbereiten. Im übrigen werden die Treuhänder in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Verwaltungsstellen der Länder arbeiten, wobei ihnen die Unterstützung der Länderregierungen zugesagt worden ist.

Genfer Aussprüche

Das Büro der Internationalen Arbeitskonferenz veröffentlichte eine offenbar für die breite Öffentlichkeit bestimmte Erklärung zu der Arbeit der deutschen Delegation. Diese Erklärung ist jedoch rein formell-juristisch aufgezogen und geht in keiner Weise auf den Kern der Dinge ein; sie kommt zu dem „Ergebnis“, es habe sich kein Zwischenfall ereignet, auch sei keine Beleidigung gegenüber der deutschen Delegation, noch gegenüber ihren Mitgliedern, während der

Sitzungen der Konferenz oder ihrer Auskünfte gegeben. Die Zwischenfälle auf welche die deutsche Delegation sich beziehe, hätten sich, wenn sie stattgefunden haben, außerhalb der Arbeiten der Konferenz ereignet.

Demgegenüber wird von der deutschen Abordnung die inwärtigen Genf verlassen hat festgestellt, daß es gänzlich gleichgültig ist, ob die Zwischenfälle und Beleidigungen in der Konferenz in der Kommission oder außerhalb der Konferenz vorgekommen sind.

„Die internationale Arbeitskonferenz“, so schließt die deutsche Klärstellung, „bildet eine Einheit mit allen auf ihre vertretenen Delegationen. Angriffe und Beleidigungen, die auf diese Delegationen entfallen, müssen, sofern sie ungeschützt sind — und sie sind nach den Umständen dementsprechend — von der Gesamtheit der Konferenz, d. h. in berechnung — von der Gesamtheit der Konferenz, mit diesem Falle von der amtlichen Leitung der Konferenz mitteilt und zurückgewiesen werden. Dies ist nicht geschehen“.

Neurath in Amerika

Deutschland das stärkste Volkwerk gegen die kommunistische Gefahr

London, 21. Juni.

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hielt von London aus im Rundfunk eine Ansprache an das amerikanische Volk. Deutschland so führte der Minister aus, das im 19jährigen Kampf nie den Mut verloren habe, verfolge mit großer Energie gegen die Wirtschaftskrisis aufgenommene Aufgabe. Es gelte, auf der Weltwirtschaftskonferenz die gemeinsame Aufgabe zu erkennen den Völkern Arbeit und ein lebenswürdiges Dasein zu verschaffen. Der Erfolg dieser Konferenz, so fuhr der Reichsaußenminister fort, hängt aber vom friedlichen und verständnisvollen Zusammenarbeiten der Völker ab. Man hat die Umwälzung in Deutschland dafür verantwortlich machen wollen, daß das notwendige politische Vertrauen nicht vorhanden ist. Ich möchte keine Gelegenheit veräumen, dies richtig zu stellen.

Die Staatsführung im Innern Deutschlands hat sich geändert. Die Außenpolitik Deutschlands ist friedfertig geblieben. Durch die neue innere Staatsführung wurde ein einheitlicher Staat gebildet. Deutschland ist dadurch zum stärksten Volkwerk gegen die kommunistische Gefahr geworden. Für die Friedfertigkeit der deutschen Außenpolitik hat der Reichsanwalt Hitler das stärkste Zeugnis in der Regierungserklärung abgelegt. Diese Erklärung mußte alle Befürchtungen über die außenpolitische Haltung der nationalsozialistischen Regierung zerstreuen. Auf der Abrüstungskonferenz in Genf, bei dem Pakt von Rom und bei anderen Gelegenheiten hat die nationalsozialistische Regierung klare Beweise für ihre friedfertige und verständnisvolle Politik gegeben.

Das Kremler Attentat

Die Täter verhaftet.

Wien, 21. Juni.

Wie von behördlicher Seite mitgeteilt wird, wurde noch in der Nacht zum Dienstag der Haupttäter in dem Kremser Attentat in der Person des 18jährigen Lehrlings Joseph Mojsels (nach einer anderen Meldung des 23jährigen Handlungsgehilfen Herbert Mojsels) verhaftet. Er soll nach einer Mitteilung des Sicherheitsdirektors für Niederösterreich, ein Geständnis abgelegt haben. Danach habe er die beiden zusammengekauften Handgranaten von seinem Bruder Hans, der der Garnison Krems als Wehrmann angehört, erhalten. Die dritte Handgranate sei von einem 17-jährigen Burtschen gewonnen worden, der aber noch flüchtig ist. Hans Mojsels sei Zeuge des Anschlages gewesen und habe den beiden Tätern Anweisungen zum Werfen der Handgranaten gegeben.

Am Vorlaufe der Nacht wurden in Krems 20 weitere Verhaftungen von Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei vorgenommen. Sie wurden in Militärkraftwagen in das Landgericht nach Wien gebracht. Unter den Verhafteten befindet sich ein aktiver Oberleutnant der Garnison

Wer steht hinter den Anschlüssen?

Das bisher von Regierungsseite ausgegebene Informationsmaterial für die Presse ist nicht eindeutig genug, daraus auf die eigentlichen Urheber der Anschlüsse schließen zu können. Zwar wird in einer amtlichen Mitteilung gesagt, daß eine einheitliche Leitung bei der Herstellung der Bomben und bei der Verbreitung der Bomben vorhanden zu sein scheint, ein strenger Beweis dafür sei aber noch nicht erbracht. Die bisher verbreitete Nachricht, daß alle Beteiligten Mitglieder des Vaterländischen Schutzbundes, einer geheimen Organisation der Nationalsozialisten, sind, wird als nicht richtig erklärt. Es seien Leute aus verschiedenen Gruppen der Nationalsozialisten, Personen, die nicht einer gemeinsamen Organisation angehört hätten. Auch aus der Rundfunkrede des österreichischen Justizministers Schönerer am Montagabend läßt sich entnehmen, daß die Regierung noch nicht klar über die eigentlichen Urheber der verschiedenen Anschlüsse ist. Sagte er doch wörtlich: „Ich will in diesem Moment über die Schuld- und Schuldfrage der letzten Ereignisse kein abschließendes Urteil abgeben.“

Die NSDAP lehnt die Verantwortung ab

Von der nationalsozialistischen Presse erziehen am Dienstag nur die „Kleine Tagespost“ in Wien, die u. a. hervorhebt:

Die nationalsozialistische Presse hat in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit betont, daß die Partei mit diesen Aktionen nichts zu tun habe, ja dieselben ablehne und verwerle. Für Aktionen einzelner, selbst wenn dieselben der nationalsozialistischen Partei angehört hätten, kann die Partei nicht verantwortlich gemacht werden, sofern nicht nachgewiesen wird, daß die Leistung solche Aktionen angeordnet bzw. organisiert hat.

Ein neues Verbot

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist entgegen anders lautenden Meldungen auch dem unter Führung kammerherrn stehenden Steyrer Heimatschutz jede Betätigung in Österreich unterlag worden.

Der deutsche Volksrat gegen Dollfuß

Der Deutsche Volksrat für Österreich, die überparteiliche Organisation aller nationalen Parteien, Verbände und Gruppen hat einen Aufruf erlassen, in dem er die Aktion der Regierung gegen die NSDAP und den deutsch-österreichischen Heimatschutz ablehnt. In dem Aufruf heißt es: Die Regierung hat verweigert, entschieden verwerfliche Untaten vor der gerichtlichen Feststellung zum Anlaß genommen, um alle Parteimitglieder der NSDAP zu sperren, zahlreiche Verhaftungen vorzunehmen und Bundesangehörige wegen ihrer Zugehörigkeit zur NSDAP zu verfolgen. Der Deutsche Volksrat muß die sofortige Freilassung aller aus politischen Gründen verhafteten Führer der NSDAP und des deutsch-österreichischen Heimatschutzes, die Freigabe der Parteimitglieder und die Zurücknahme des Zugehörigkeitsverbotes verlangen.

„Unternehmer aus Wert“

Aufruf des bayerischen Industriellenverbandes.

München, 22. Juni.

Der bayerische Industriellenverband erläßt im Hinblick auf das neue Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichstagslers Adolf Hitler einen Aufruf, in dem es heißt: Die Wirtschaft hat heute nicht nur die Pflicht, sich im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit mehr als bisher einzusetzen; ihre Aufgabe ist es auch, gegen alle Einzelaktionen sich ernsthaft zur Wehr zu setzen, wodurch die nationale Erhebung gefährdet und geschädigt werden könnte.

Die Reichsregierung hat mit ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm den Worten des Reichstagslers Adolf Hitler die Tat folgen lassen, indem sie einen entscheidenden Schritt zur Verwirklichung seiner Pläne getan hat. Nunmehr heißt die Lösung: Unternehmer aus Wert.

Unglaublich billige Preise!

Glasteller	10 Stck.	89 Pfg.
Butterdosen	Stck.	30 "
Käseglocken	Stck.	55 "
Zitronenpressen	Stck.	15 "
Kompottsätze, farbig 7 teilig	"	115 "
Puddingsätze, farbig 7 teilig	Stck.	125 "
Likörsevice, 8 teilig	Stck.	130 "
Wein Römer, farbig	Stck.	30 "
Bierbecher 1/20, geeicht	Stck.	18 "
Wassergläser	Stck.	12 "
Kuchenteller	Stck.	60 "
Kuchenteller m. Goldr.	Stck.	110 "
Glasschüsseln	Stck. 65, 60, 55, 45	"
Geleegläser	Stck.	20, 15 "
Vasen, farbig mit Schliff	Stck.	65 "

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster.

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Deisenroth.

Spongenberg

Markt

Zum Einmachen von Erdbeeren empfehle ich:

Roten Zucker,
Opeltra flüssig und trocken

Karl Bender.

Ia. gr. Majesheringe sowie neue Kartoffeln

H. Mohr.

Chorverein

„Viereltränzen“

Dinnerstag Abend

1/9 Uhr

Gesangsstunde

Vollständiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Aus Anlaß der

Sonnenwendfeier

wird mein Geschäft am Sonnabendabend 8 Uhr geschlossen

Ich bitte meine verehrten Kunden, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Max Munzer.

Freier.

M ä d c h e n

sauberes, fleißiges für Stadthaushalt nach Viefeld W. gesucht.

Apotheker Spante

zur Zeit Hotel Goldenen Löwen Spangenberg.

Gesangverein

„Viereltränzen“

Gesangsstunde

1/9 Uhr

Vollständiges und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Der Vorstand.

Aus Anlaß der

Sonnenwendfeier

wird mein Geschäft am Sonnabendabend 8 Uhr geschlossen

Ich bitte meine verehrten Kunden, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Max Munzer.

Freier.

M ä d c h e n

sauberes, fleißiges für Stadthaushalt nach Viefeld W. gesucht.

Apotheker Spante

zur Zeit Hotel Goldenen Löwen Spangenberg.

Inseriert!



T. V. „FROHER MUT“ SPANGENBERG

An alle Stuttgarterfahrer!

Der Fahrpreis für eine und Rückfahrt mit dem Sonderzug am 26. 7. 1933 beträgt RM. 15.20.

Ich bitte das Geld, das dieser Tage abgeholt wird, bereitzubehalten.

Der Oberturmwart.

Ia. fr. Fettbücklinge

eingetroffen

Karl Bender.

Das Fest der Jugend.

Das von der Reichsregierung veranstaltete Fest der Jugend wird auch in unserer Stadt gefeiert werden. Die Richter und Betreuer werden ersucht, den bei ihnen beschäftigten jungen Leute die Teilnahme an den Sportwettkämpfen durch Befreiung von der Arbeit zu ermöglichen.

Die gesamte Bevölkerung wird aufgefordert, am Abend an der Sonnenwendfeier teilzunehmen. Aufstellung des Zuges 48 Uhr bei der Reichsdruckerei Hugo Munzer.

Spangenberg, den 21. Juni 1933.

Der 1. Bürgermeister Reitel.

Frisch eingetroffen:

Apfelsinen, Äpfel, Bananen, Tomaten, Kirschen, Gurken, Karotten, Salat

S. Mohr.